

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 27. August 1915.

(Schluß)

Staatssekretär Dr. Delbrück: Ich befreite dem Vorredner mit aller Entschiedenheit, daß die Arbeiterklasse anders behandelt wird wie alle anderen Klassen der Bevölkerung. (Zustimmung.) Alle Parteien dieses Hauses, alle brauchen im Lande, wir stehen voll Freude und Anerkennung gegenüber der Hingabe und den Leistungen der Arbeiter für das Vaterland, und niemand würde es verhehlen, wenn wir in der Sandhaube der Gesetzgebung anders verfahren als vom Standpunkte absoluter Parteilichkeit. Das möchte ich vorweg gegenüber den Schlussfolgerungen des Abg. Fischer mit aller Energie feststellen. Die Wünsche, die in der sozialdemokratischen Resolution niedergelegt sind, sind hier und in der Kommission wiederholt Gegenstand eingehender Erörterungen gewesen. Ich möchte meine früheren Erklärungen hierher kurz wiederholen. Wir können den Belagerungszustand nicht entbehren, nicht die damit zusammenhängende Beschränkung der Freiheit der Presse und des Vereinslebens. Wenn wir bei Beginn des Krieges die Auffassung gehabt haben, daß wir unter Umständen noch vollkommener Mobilisierung die Bestimmungen über den Belagerungszustand aufheben oder für Teile des Reichs außer Kraft setzen oder abschwächen könnten, so haben wir diese Auffassung gehabt mit Rücksicht auf die Ereignisse des Krieges von 1870. Der Gang der Dinge hat aber bewiesen, daß dies nicht ging. Die lange Dauer des Krieges, die Evigongee, die Materialnot auf unsere Eisenbahnen, die Füllgränge, die Notwendigkeit während des Krieges die Truppen für und für zu verdrängen, lassen es absolut notwendig erscheinen, daß der Festlegung der öffentlichen Meinung eine gewisse Beschränkung auferlegt wird. Aber ich habe hier wiederholt im Einvernehmen mit dem Reichsanwalt und dem stellvertretenden Kriegsminister der Auffassung Ausdruck gegeben, daß die Beschränkung der Presse und des Vereinslebens, die sich aus dem Belagerungszustand ergibt, sich selbstverständlich in den Schranken halten soll, die der Natur der Dinge nach absolut erforderlich ist. Inwieweit in der Beschränkung der Presse und des Vereinslebens sind uns unerwünscht. Der Herr Reichsanwalt und ich sind die letzten, die einer Einstellung der öffentlichen Meinung im deutschen Vaterlande das Wort reden. Nun können selbstverständlich Beschränkungen in der öffentlichen Meinungsbildung sich nicht lediglich auf militärische Angelegenheiten beziehen. Militärische Maßnahmen und Maßnahmen der Politik stehen überhaupt in einem so engen Zusammenhang, daß man nicht lediglich militärische Willkürungen unter die Zensur stellen kann, sondern alle diejenigen Äußerungen, die geeignet sind, nicht nur militärische Dinge zur Kenntnis unserer Gegner zu bringen, sondern auch sonst geeignet sind, über unsere wirtschaftliche und militärische Leistungsfähigkeit usw. Vorstellungen zu verbreiten, die im Auslande zu einer unrichtigen Beurteilung unserer Widerstandsfähigkeit und Leistungsfähigkeit führen. Daran muß mit aller Entschiedenheit und Energie festgehalten werden. Nun hat der Abg. Fischer eine Fülle von Material vorgebracht. Er wird wohl selbst nicht erwarten, daß ich verusche, dieses Material hier nachzuprüfen. Diese einzelnen Fälle entstehen sich unserer Verantwortlichkeit wie derjenigen des stellvertretenden Kriegsministers. Der Reichsanwalt trägt nur die Verantwortlichkeit dafür, daß die gesetzlichen Voraussetzungen für den vorhandenen Belagerungszustand vorliegen. Er trägt nicht die Verantwortlichkeit für die Beherrschung der Materie durch die Generale, die sie in Ausübung der Machtvollkommenheiten getroffen haben, die in der Werkschiffen Kommandogebiet ihren Ursprung hat. Ein Eingehen auf alle diese Einzelheiten verbietet sich auch aus der Unmöglichkeit, eine Fülle derartiger Vorgänge nachzuprüfen. Es ist überaus schwierig, feststellende Gründe auf dem Gebiete der Presse und des Vereinslebens einheitlich aufzustellen. Selbstverständlich ist es bei dem besten Willen schwierig, gewisse Richtlinien festzulegen, so daß eine verständliche Behandlung durch die Zensoren ausgeschlossen wäre. Es ist auch ohne weiteres hier und in der Kommission von mir und dem stellvertretenden Kriegsminister anerkannt worden, daß in einer ganzen Reihe von Fällen seitens der Zensurbehörden nicht gegen eine einzelne Partei, sondern gegen alle Parteien Maßnahmen getroffen sind, die vielleicht besser unterblieben wären. Es ist aber nicht möglich für diese Maßnahmen die einzelnen kommandierenden Generale unter Nennung ihres Namens und unter Bezugnahme auf einzelne Vorgänge verantwortlich zu machen. Wir können auch ohne weiteres zugeben, daß bei der Aufsicht der Zensoren diese oder jene kommandierenden Generale seine glückliche Hand gehabt haben, wir sind den Dingen nachgegangen und haben auch in einer Anzahl von Fällen Remedur erteilt. Nebenfalls kann man den kommandierenden Generalen den Vorwurf der Parteilichkeit nicht machen. (Zustimmung.) Nein, unsere kommandierenden Generale sind mit der ganzen Kraft, Energie, Ehrgeizfähigkeit und dem hervorragenden Willen, dem Vaterlande dienlich zu sein, die unsere ganze Armee auszeichnen, auch an diese Frage gegangen. Es wäre die wichtigste Sache, für die Presse und das Vereinsleben eine gewisse Einheitlichkeit zu erzielen. Um zu diesen Ziele zu kommen, sind seitens des zuständigen Ressorts, seitens des stellvertretenden Kriegsministers, Anordnungen getroffen, in denen gewisse Richtlinien festgelegt sind. Anfolge dieser Anordnungen wird hier erheblich weiter getrieben. Außerdem ist eine außerordentlich strenge Ordnung erlassen, wonach ein Kriegsgeheimnis ermittelt wird als Zensurverstoß, wodurch sie in den Stand gesetzt werden, ihr Amt mit mehr Verbindlichkeit auszuführen. Auch soll die Presse in höherem Maße militärische Auskünfte erhalten. Das Amt hat die Aufgabe, den Zensurstellen die

Richtlinien zu geben, damit die Zensur einheitlich und gerecht ausgeübt wird. Es ist damit also die Möglichkeit einer Kontrolle gegeben. Von der neuen Einrichtung ist zu erwarten, daß sie neben einer Zentralisierung auch eine bessere Ausübung unserer Zensur zur Folge haben wird. Sie werden aus diesem Anlasse entnehmen, daß alle Beteiligten reichlich befreit sind, die aufgetretenen Schwierigkeiten, so wie in ihrer Arbeit liegt, zu beheben; und ich kann hinzufügen, daß wir, dieses Bestreben zu fördern haben, als wir im Großen und Ganzen der gesamten deutschen Presse ohne Unterschied der Parteien das Zeugnis geben müssen, daß sie nach besten Willen und Gewissen befreit gewesen ist, sich in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Das stelle ich hiermit ausdrücklich fest und hoffe, daß die guten Beziehungen zwischen der Presse und der Regierung durch die neue Anordnung noch verbessert werden.

Abg. Dr. Olfers (Wall.): Ich lege in längerer Ausführungen die Gründe des veralteten Belagerungszustandsgesetzes dar. Die Tatsache, daß so viele Gefängnisstrafen in den letzten Monaten ausgesprochen worden sind, habe zu belagerten Mordtaten geführt. In den meisten Fällen seien es nur geringfügige Übertretungen gewesen. Deshalb erscheine eine Milderung des bestehenden Gesetzes dringend erforderlich. Der Redner fuhr dann fort: Hier kam nur ein Gesetz helfen. Ich hoffe und wünsche, daß die Verbündeten Regierungen sich bereit zeigen, vielleicht heute noch, dem Gesetzentwurf auch ihrerseits ihre Zustimmung zu geben. Dadurch würde vielen abgeholfen werden, was in weiten Kreisen der Bevölkerung eine ernste Misstimmung hervorgerufen hat. Gelangt dieser Entwurf zur Annahme, dann wird man weiter bemüht sein, müssen auch das Strafverfahren abändern. Ich habe an dem Wege einer Bundesratsverordnung gefahren könnte, scheint mir nicht ganz einwandfrei zu sein. (Beifall)

Staatssekretär des Reichsjustizamts Dr. Vöck: Ich werde sehr gern bereit sein, die Annahme dieses Antrages bei den Verbündeten Regierungen zu befrworten. Ebenso bin ich gern bereit, dafür einzutreten, daß auf Grund des § 3 eine Befreiung ergeht, das Vergehen gegen § 9b durch einen Ersatz erlitten werden können. (Beifall)

Abg. Dittmann (Soz.): Ich erkläre, daß er die Annahme dieses Antrages als eine Maßnahme gegen seine Fraktion ansehe, und wird deshalb zur Ordnung gerufen.

Abg. Dittmann (fortfahren): Durch Annahme dieses Antrages bin ich nicht zu Worte gekommen, so daß ich zahlreiche Beschwerden über die Zensur und den Belagerungszustand nicht habe vorbringen können. Ich habe den Eindruck, als ob man die Wahrheit verbergen will. (Große Unruhe, Wohl-Rufe, Glöde des Präsidenten.)

Die von der Kommission vorgelegene Resolution werden einstimmig angenommen. Die erste Fassung des Gesetzentwurfes nach dem Antrag Schiffe ist durch die vorangehende Rede erledigt. In zweiter Fassung wird die zweite Gesetzentwurf eine Diskussion angenommen. Gegen eine vom Präsidenten vorgelegene, sofort vorzunehmende dritte Fassung erhebt Abg. Wasserfall (Natlib.) Widerspruch.

Für die Resolution der Sozialdemokraten stimmen nur diese. Bei der schwachen Beladung der Bänke auf der rechten und im Zentrum muß die Gegenprobe gemacht werden. Die Resolution wird vom Präsidenten für abgelehnt erklärt.

Das Haus wendet sich schließlich zur zweiten Beratung der Gesetzentwürfe betreffend Änderung des Gesetzes, betreffend die Unterbringung von Familien in den Dienst eingetretener Mannschaften vom 28. Februar 1888. Hierzu legt der von dem Abg. Erzberger (Zentr.) eingebrachte Antrag vor: Die Familienunterstützung wird während dreier Monate über den Zeitpunkt hinaus, von dem an die den Hinterbliebenen auf Grund des Gesetzes vom 17. Mai 1907 zu zahlenden Hinterbliebenenbezüge ausständig sind, weiter gewährt. Etwas darüber hinaus gezahlte Familienunterstützungen gelten als Vorzuschußzahlungen auf die Hinterbliebenenbezüge und sind bei deren Auszahlung einzubehalten.

Staatssekretär Dr. Helfferich: Obgleich ich bei Initiativanträgen eine Stellungnahme der Regierung nicht zu erfolgen pflegt, will ich doch erklären, daß ich alles tun werde, um dem Antrag Erzberger Geltung zu verschaffen. Der Antrag Erzberger stellt die Bezüge sicher, und zwar für die überwiegende größte Mehrzahl der Hinterbliebenen.

Der Gesetzentwurf wird hierauf mit dem Antrag Erzberger in zweiter Fassung und auf Vorschlag des Präsidenten auch sofort in dritter Fassung einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stellvertreter des Reichsanwalts, Staatssekretär Dr. Delbrück verlas hierauf von heute datierte und vom Reichsanwalt gegenzeichnete Allerhöchste Verordnung, durch die der Reichstag bis zum 30. Nov. d. J. vertagt wird.

Präsident Dr. Raemisch: Ich habe Sie noch um die Ermächtigung zu eruchen, Tag und Stunde der Tagesordnung der nächsten Sitzung je nach den Umständen festzusetzen. Die Ermächtigung wird erteilt, da kein Widerspruch vorliegt. Damit sind wir an das Ende unserer Beratungen gelangt. Unsere Wille sind mit Stolz gerichtet auf unsere und unserer Verbündeten tapfere Soldaten, Offiziere und Führer zu Lande und zu Wasser, die ihr Leben einlegen für deutsches Recht und deutsche Ehre. Wir haben die Gedanken gerichtet auf das Reich, dem gegenüber alle anderen Mächte sich verhalten müssen und dem der Reichstag die Mittel bewilligt hat, die erforderlich sind, seine Ehrenpflicht voll weiter zu führen. Während wir hier unsere Maßnahmen durchsprechen, die alle Welt anerkennen haben, daß das deutsche Volksgeschick den Stützen dieses gewaltigen Völkerrings durchaus ge-

wachsen war, haben unsere und unserer Verbündeten Mannen und Ehrenmänner bei Romo, Roto-Georgienst und Frei-Litovsk eine Sprache geredet, die auch von unsren Feinden nicht mehr mit Beude werden kann. (Beifall.) Dem Entschlossenheit, in dem Deutschland jetzt steht, liegt es mit dem Gefühl der Ehre und des Vertrauens entgegen, daß unsere und unserer Verbündeten Armeen die Beendigung des Krieges beschleunigen werden. (Beifall.) Vereidigungswilligen an unser Ohr die Worte, mit denen der Kaiser seiner Zuversicht Ausdruck gegeben hat, daß das deutsche Volk die im Krieg erlebten Anstrengungen treu bewahren, auf erprobten alten und vertrauensvoll betretenen neuen Bahnen der Bildung und Verklärung rüstig vorwärts schreiten werde. Vereidigungswillige auch die Zuversicht fassen, die auf Anregung und auf direkten Antrag des Reichsanwalts, dem wir dafür Dank schuldig sind, nunmehr an diesem Saale lautet: "Dem Deutschen Volke!"

(Beifall) Vor hundert Jahren ist das deutsche Vaterland befreit worden als das Land der Wahrheit, Zuverlässigkeit und der Treue. Was es jetzt darüber hinaus befreit werden als das Land, das durch die ungeheuren Opfer an Gut und Blut, an der Blüte unserer Jugend und unseres Mannesalters sich das Recht erkämpft hat, ein Hort des Friedens zu sein für sich selbst, ein Hort des Friedens für die ganze Welt! (Beifall) In dem unerfütterlichen Vertrauen, in dem unerfütterlichen Glauben an uns mit dem Rufe: Seine Majestät der Deutsche Kaiser, Volk und Vaterland, sie leben hoch! (Die Abgeordneten aller Parteien, auch die Sozialdemokraten, hatten sich während der Rede des Reichsanwalts von den Bänken erhoben. Das Haus und die Mitglieder des Bundesrats stimmten dreimal begeistert in den Hochruf an; von den Sozialdemokraten beteiligten sich auch die Abg. Gohre und Cohen-Reuß an den Hochrufen.)

Schluß 4 Uhr.

In dem erworbenen Nowo-Georgiewsk.

(Unberechtigter Nachdruck, auch auszugsweise, verboten.) (Kriegsbriefe aus dem Osten.)

Von unserm zum Offizier entlassenen Kriegsberichterstatter.

Im Nowo lagen eine ganze Anzahl von kleinen und größeren Dampfern und ebensolche Schienen verankert worden zu sein, denn man sah Wäse und Schiffsteile aus dem Wasser ragen. Der Flußpiegel schillerte in rötlichen und blauen Farben, man hatte wohl Petroleumfässer entleert. Driben am anderen Ufer war der Eingang in tiefe Gewölbe. Das Ufer fällt nach der Weidjel und nach dem Nowo ziemlich steil ab, und man hat in den bis 30 Meter hohen Abhang mächtige Stapel- und auch Wohnanlagen hineingebaut, die eigentlichen Bauwerke der Zitabelle befinden sich denn auf der Höhe, die Außenmauer der äußersten Gebäudereihen setzt sich in dem ausgemauerten Abhang fort. Auch in die Uferhöhe am Nowo hatten Granaten eingeschlagen. Ein tiefer Bogen fand da vollgipf mit allerlei Hindernissen dazu. Sie fragte, ob man das würde fortführen dürfen, es seien die Säden der Schwefeln, die hier gewohnt hätten. "Es war eine schreckliche Nacht. Wir sind von hier fort, aber oben war es ja auch nicht besser, man dachte, die ganze Festung steigt in die Luft, als die Sprengungen angingen."

Daß trotzdem sehr viele Leute geblieben war, zeigte ein Blick in die breiten Wälfungen, in denen Rüste neben Rüste voll Stearinlichtern lagerten. "Wie kommt man in die Zitabelle?" Ich werde Sie führen." Sie nahm eines von den Lichtern und ging in die Dunkelheit hinein. Das Licht drohte vom Windzug der Luft zu erlöschen, als wir ein paar Schritte gegangen waren. Das Gewölbe wurde schmaler. Man war in dunkelster Finsternis, nur das Licht meiner Führerin gab einen hellen Schein um ihren Kopf. Treppen kamen. Dann sprang das Tageslicht durch eine geöffnete Tür, man war auf dem Hof der Zitabelle. Hier war die Spur des Krieges auf jedes Fleckchen Erde gebrannt. Der Teil der Kasernenbauten, vor dem wir standen, war vom Feuer verschont. In den wahrscheinlich ehemaligen Offiziersstuben hatten die Mannschaften geschlafen. Alles zeigte den eiligen Abbruch, die Mäntel lagen dort, die Gefährte, die Brotbeutel, die bunten Zierharmonikas und die kleinen dreieckigen russischen Lauten, die Balalajas. Die deutschen Granaten hatten mächtige Löcher durch den Gebände gerissen und Fleischfetzen und unterirdische Lumpen lagen umher. Etwas weiter durch tiefe Längs- und Querschnitte kamen vorbei kam man auf einen größeren Hof, der vor bedeckt mit toten Pferden und Kindern und tausenden von ausgestrunkenen Schnaps- und Weinflaschen. Es muß auf diesem letzten Tag unter dem Donner der deutschen Geschütze, während schon die Stürmenden über die Außenmauer kamen, eine wilde Orgie in Nowo-Georgiewsk gefeiert worden sein. In den Gebäuden neben den herumliegenden Säbeln, Gewehren, Musikinstrumenten, Säteln, den aufgedummen verriegelten Kisten lagen noch völlig betrunkene Russen, die von dem Fall der Festung nicht wußten.

Darüber hat man die Grindlichter der Zerwürfen gegeben. Wohl brannten Kasernen und Vorratsräume Schuppen und Lagerplätze, aber bewußtlich hatte man ganze Festungsteile vergessen und die Belagerungen vorn fast überall nicht

Preiswerte Kleiderstoff-Neuheiten für Herbst und Winter 1915. N. Nuth & Co. Halle an der Saale Grosse Steinstrasse - Marktplatz. -





